

Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg

c/o Ewald Wetekamp, Wassergasse 12, 78333 Stockach

E-Mail: mail@arbeitskreis-schule-und-bildung.de

Internet: www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de

8. November 2016

Pressemitteilung

Nach VERA 8 und IQB-Bildungstrend 2015: Arbeitskreis Schule und Bildung fordert Moratorium für neue Bildungspläne

Die Pädagogik muss wieder an die erste Stelle treten

Die am 28. Oktober 2016 veröffentlichten Ergebnisse der bundesweiten Untersuchung «IQB Bildungstrend 2015» für die Schülerinnen und Schüler der 9. Klasse an den allgemeinbildenden Schulen haben für Baden-Württemberg das Bild bestätigt, das die im Frühsommer 2016 bekannt gewordenen Ergebnisse der Untersuchung VERA 8 geboten haben: Der Bildungsstand der Schüler an Baden-Württembergs Schulen ist deutlich schlechter als er einmal war.

Sehr viele Schüler erreichen mit ihren schulischen Leistungen nicht einmal den von der Kultusministerkonferenz geforderten Mindeststandard: Beim Lesen im Fach Deutsch sind es mehr als 25%, beim Zuhören mehr als 23%, bei der Rechtschreibung mehr als 15%, beim Leseverstehen im Fach Englisch sind es mehr als 27% und beim Hörverstehen mehr als 16%. Unser Bundesland hat seinen ehemaligen Spitzenplatz verloren und ist im Vergleich mit den anderen Bundesländern deutlich abgerutscht. Im Fach Deutsch sind die Zahlen für Baden-Württemberg in allen Bereichen schlechter als im Bundesdurchschnitt. Lediglich beim Hörverstehen im Fach Englisch liegt unser Bundesland auf dem Niveau des Durchschnitts.

Die amtierende Kultusministerin kam nicht mehr umhin, mit einer Pressemitteilung vom 28. Oktober zu erklären: «Die Ergebnisse können uns nicht zufrieden stellen.» Und weiter unten hinzuzufügen. «Die Themen Qualität und Leistung hat man völlig aus den Augen verloren.» Das müsse sich ändern: «Der Leistungsgedanke muss wieder eine stärkere Rolle spielen.» Die Ministerin möchte zwar keine erneute Schulstrukturdebatte, gestand aber auch ein: «Die weitreichenden strukturellen Veränderungen unseres Schulsystems der zurückliegenden Jahre haben den Schulen und Lehrerinnen Zeit und Aufmerksamkeit entzogen. Zeit und Aufmerksamkeit, die für die Weiterentwicklung des Unterrichts gefehlt haben.»

In dieser Situation helfen so absurde Aussagen wie die des ehemaligen Kultusministers aus den Reihen der SPD nicht weiter, seine Regierung habe um die Misere gewusst, eine Umkehr sei aber nicht auf Knopfdruck zu bewerkstelligen gewesen, Grün-Rot habe aber «die Weichen richtig gestellt».

Die Suche nach Antworten auf die Frage nach den Ursachen für den schlechten schulischen Leistungsstand von 8- oder 9-Klässlern muss dort ansetzen, wo die ersten wichtigen Weichen gestellt werden: im Elternhaus, im Kindergarten, in der Grundschule – und nicht zuletzt im gesellschaftlichen Umfeld. Alleine den Unterricht der Lehrer in den weiterführenden Schulen für die heutige Situation bei 8- und 9-Klässlern verantwortlich zu machen, greift zu kurz.

Auch zu kurz greift der Ansatz, die vorhandenen vielfältigen Instrumente der sogenannten «Qualitätssicherung zu verfeinern und konsequenter anzuwenden. Diese mögen vielleicht

gewinnorientierten Unternehmen helfen, nicht aber den Schulen. Schulen sind keine Unternehmen, Qualität von Unterricht lässt sich nicht von oben «steuern», und die Ministerin ist gut beraten, ihre bisherigen diesbezüglichen Überlegungen noch einmal auf den Prüfstand zu stellen.

Der «Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg» fordert stattdessen, dass die pädagogische Verantwortung bei allen, die mit Erziehung und Bildung zu tun haben, wieder das Fundament ihres Handelns wird. Grundlage müssen die in der Landesverfassung und im Schulgesetz formulierten Erziehungs- und Bildungsziele sein. Über die konkrete Umsetzung in der heutigen Zeit sollte ein Dialog mit allen Bürgern stattfinden.

Erziehung und Bildung können nur dann gelingen, wenn die unverzichtbare pädagogische Freiheit mit einer angemessen großen Verantwortungshaltung und einem entsprechenden Wissen und Können verbunden ist.

Zu diesem pädagogischen Ethos gehört es auch, sich an den gesicherten und in der Praxis bewährten Befunden aus Anthropologie, Individualpsychologie, Entwicklungspsychologie und pädagogischer Wissenschaft zu orientieren. Dies ist heute ganz offensichtlich nicht mehr der Fall. Seit vielen Jahren, nicht erst seit 2011, sind auch in Baden-Württemberg immer wieder Entscheidungen gefallen, die ideologisch motiviert waren und sich abträglich auf das Erziehungs- und Bildungsverhalten ausgewirkt haben.

Dies gilt auch für die im August 2016 in Kraft getretenen neuen Bildungspläne, auch für die der Grundschule. Wir zweifeln daran, dass diese sehr stark in alle Einzelheiten gehenden Pläne und die damit verbundene Verpflichtung auf die «Neue Lernkultur» («Individualisierung» und «selbstgesteuertes» Lernen auch schon in der Grundschule) altersangemessen sind. Wir finden, dass dabei die kleinschrittige, systematische und nachhaltige Vermittlung der grundlegenden Kulturtechniken beim gemeinsamen Lernen zu kurz kommt.

Wir fordern deshalb, dass die neuen Bildungspläne zu Gunsten pädagogischer und didaktischer Vernunft mit einem Moratorium belegt und in eine Nachdenkphase geschickt werden. Die Schulen des Landes können sehr gut auch ohne diese neuen Bildungspläne arbeiten.

Das, was aus unseren Kindern und Jugendlichen wird, wie sie erzogen und gebildet werden, hat Auswirkungen auf alle Bereiche des Zusammenlebens. Aber auch unser heutiger Umgang mit unseren grundlegenden Werten beeinflusst das, was aus unseren Kindern und Jugendlichen wird.

In welche Richtung werden unsere Kinder und Jugendlichen durch unser heutiges Medienangebot gedrängt?

Oder: Wie nimmt unsere Jugend unser Wirtschaftsleben wahr? Haben nicht viele von ihnen den Schluss gezogen, dass das Leben ein ständiger Konkurrenzkampf sei, sich jeder ständig «verkaufen» müsse und sich nur der «Stärkere» durchsetze?

Oder: Welche Auswirkungen hat es, wenn Kinder und Jugendliche mitbekommen, dass sich die Politiker unseres Staates an Kriegsvorbereitungen beteiligen? Eine solche Politik widerspricht diametral ihren Zielen – wie erneut die Shell-Studie aus dem Jahr 2015 gezeigt hat. Welche Schlüsse zieht unsere Jugend daraus?

Sicher ist: Eine Gesellschaft mit nur noch wenig Wertetreue hinterlässt keine guten Spuren in Gemüt und Verhalten junger Menschen.

Unser Bundesland braucht eine breit angelegte Erziehungs- und Bildungsoffensive. Davon sollen sich nicht nur Eltern, Lehrerinnen und Lehrer und die dazugehörige Verwaltung angesprochen fühlen, sondern alle Bürgerinnen und Bürger. Ein breiter offener, ehrlicher und gleichwertiger Dialog ist dringend geboten.